

„Kirche in der Arbeitswelt und Stimme der Arbeitnehmer/innen in der Kirche“

Aktion Sozialwort Solidarität
Mensch in der Mitte Nachhaltigkeit Personalität Gemeinwohl Europa
KAB

Zeit Zeichen

Magazin für Kirche und Arbeitswelt

NUMMER 5 • DEZEMBER 2017

International Gesellschaftspolitik Option für die Armen Sonntag
 „Die ersten und unmittelbaren Apostel der Arbeiter müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst sein“ (Joseph Cardijn)
Kirche BILDUNG Gute Arbeit



Abschied vom Kollektivvertrag? *Das Beispiel Deutschland*



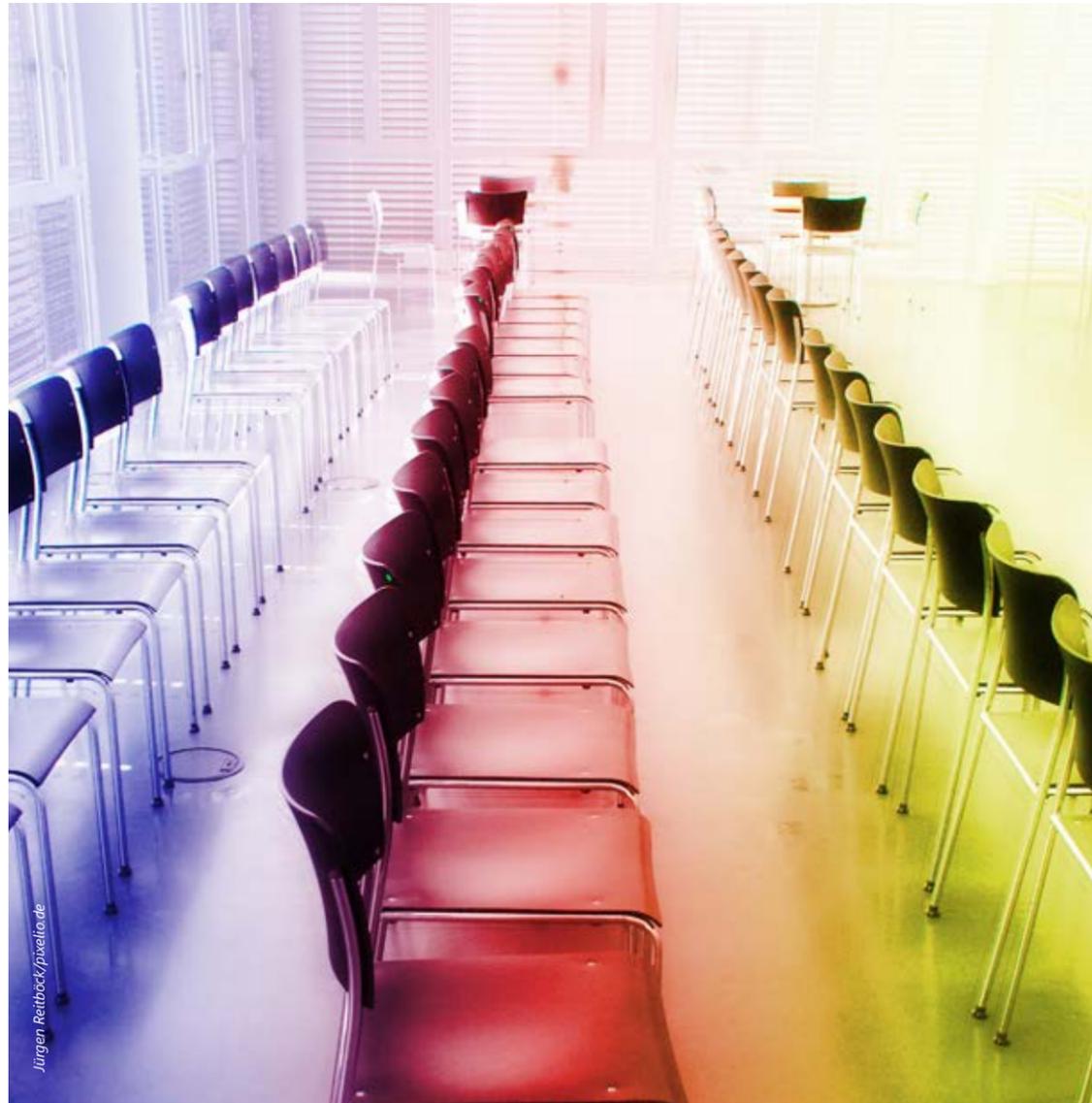
Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich • Nummer 5/2017 • 63. Jahrgang • 4 Euro • Jahresabo 17 Euro



- 1 **Soziales ist vom Religiösen nicht zu trennen**
 Der emeritierte Linzer Bischof Maximilian Aichern zu Fragen der Arbeitswelt **Seite 6-8**
- 2 **Wie weiter mit dem Sozialstaat?**
 Eine Diskussion im Vorfeld der Nationalratswahl **Seite 16-17**
- 3 **Innovation und Individualität**
 Ein Rückblick auf 30 Jahre Bischöfliche Arbeitslosenstiftung **Seite 10**

Beispiel Deutschland

Über die Folgen eines ausgehöhlten Kollektivvertragssystems



In Deutschland sind es vor allem drei Bereiche, die in der kapitalistischen Marktwirtschaft die Rechte der ArbeitnehmerInnen sichern sollen: das Arbeitsrecht als Schutzrecht gegenüber Ausbeutung und Willkür seitens der Arbeitgeberseite, das selbstverwaltete und solidarische Sicherungssystem und das Koalitionsrecht bzw. die Tarifautonomie. Letzteres wurde im Namen des Standorts in den letzten 20 Jahren ausgehöhlt – zum Nachteil vieler Beschäftigter. Michael Schäfers, Grundsatzreferent der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, über ein bedenkenswertes Szenario angesichts der in Österreich laufenden Debatten um eine Schwächung oder gar Auflösung von Wirtschafts- und Arbeiterkammer – die sozialpartnerschaftlichen Garanten eines tragfähigen Kollektivvertragssystems.

Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. ArbeitgeberInnen und die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen (Gewerkschaften) schließen Tarifverträge ab und sichern so den Frieden im Betrieb zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Zudem sorgen sie für vergleichbare Wettbewerbsbedingungen der Betriebe untereinander. Diese Auffassung wird aber längst nicht mehr von allen in Deutschland geteilt. Tarifverträge werden von den AnhängerInnen der marktradikalen Doktrin als Hindernis für den Wettbewerb und die freie Aushandlung des Arbeitslohns zwischen ArbeitgeberInnen und Beschäftigten angesehen. Die Weichen wurden deshalb so gestellt, dass zunehmend Unternehmen die Flucht aus Tarifen bzw. Tarifverträgen ermöglicht wurde und bis heute wird.

Mehrheit in Deutschland mittlerweile ohne bindende Branchenkollektivverträge

Diese Entwicklung lässt sich nach dem IAB-Betriebspanel 2016 in Zahlen belegen. Im Jahr 1998 unterlagen in Westdeutschland 68 Prozent aller Beschäftigten einer Flächentarifbindung; in Ostdeutschland waren es 52 Prozent. Im Jahr 2016 sieht die Lage völlig anders aus: In Westdeutschland lag die Quote nur noch bei 51 Prozent und in Ostdeutschland bei 36 Prozent. Im Jahr 2016 waren in Westdeutschland 69 Prozent der Unternehmen ohne Tarifbindung, in Ostdeutschland erschreckende 78 Prozent. Vor allem in kleinen Unternehmen sind tarifvertragliche Bindungen zur Ausnahme geworden, während in großen Unternehmen ab 500 Beschäftigten die Tarifbindung noch ca. 3/4 der Beschäftigten erfasst.

Editorial



Foto: Paul Schreiber

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wie es aussähe, wenn es weniger oder kaum mehr Kollektivverträge in Österreich gäbe? Eine Frage, die mit der Kritik am Tun und an der Existenz von Arbeiter- und Wirtschaftskammer durch die FPÖ aufgekommen ist. Michael Schäfers, Grundsatzreferent der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, beschreibt am Beispiel Deutschlands, welchen Verlauf die Aushöhlung des Kollektivvertragssystems dort genommen und welche Folgen sie gezeitigt hat. Sein Fazit: „Die Geister, die wir riefen, haben ein Eigenleben entwickelt. Die ‚Büchse der Pandora‘ ist geöffnet, und Deutschland wird die Geister der tarifpolitischen ‚Untugenden‘ nicht mehr los. Dies sei den ArbeitnehmerInnen in Österreich eine Warnung.“ (S. 2 – 4) Auch Bischof em. Maximilian Aichern meint zur aktuellen Debatte um Arbeiter- und Wirtschaftskammer, die gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner dürfe „nicht in Frage gestellt werden“ – so Aichern im Interview mit ZeitZeichen, das mit diesem Gespräch den Bischof anlässlich seines 85. Geburtstags am 26. Dezember ehrt und ihm gratuliert.

Nur wenige Wochen zurück liegt die Feier eines der Werke, an deren Wiege Bischof Aichern gestanden ist: die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz ist 30 geworden, Geschäftsführer Christian Winkler schaut zurück und skizziert künftige Aufgaben dieses wegweisenden Projekts (S. 10 – 12). KABÖ-Vorsitzender Philipp Kuhlmann verweist in seinem Kommentar auf die Funktion von derlei Initiativen als „Interessensvertretung für Würde und Gerechtigkeit“, notwendig, „um einer Spaltung in der Gesellschaft entgegenzuwirken“ (S. 9)

Die KABÖ ist auf vielfältige Weise aktiv, „um einer Spaltung in der Gesellschaft entgegenzuwirken“: mit ihrem Engagement beim Bündnis „Christlich geht anders“, das am 6. Oktober mit einem flashmob vor dem Stephansdom für einen starken Sozialstaat und die Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen aufgetreten ist (S. 18) oder etwa mit dem Beitritt zum „Solidaritätspakt“ der Zivilgesellschaft „zum Schutz der sozialen Sicherheit und der Demokratie“, der sich am 4. Oktober der Öffentlichkeit präsentiert hat. (S. 5) Auch in der KAB Steiermark sind Wert und Zukunft des Sozialstaats bei einer Diskussion mit VertreterInnen aller wahlwerbenden Parteien im Vorfeld der Nationalratswahl zur Debatte gestanden. (S. 16 – 17)

Dem gegenwärtigen Wandel auf politischer Ebene stehen Wandlungsprozesse auf kirchlicher Ebene gegenüber: die Bischofskonferenz beschäftigt sich mit einer Neuordnung des Laienapostolats unter der Federführung von Bischof Wilhelm Krautwaschl. „Ja zum Aufbruch in Zeiten des Umbruchs“ kommentiert Hannes Labner, Vorsitzender der KAB Steiermark, die Konsultationsvorlage für das „Zukunftsbild“ der Diözese Graz-Seckau (S. 15), Philipp Kuhlmann erinnert im Blick auf den bevorstehenden Prozess zur „Zukunft des Laienapostolats“ an das bereits bestehende große Engagement der KAB, im Sinne des Auftrags von Papst Franziskus „an die Ränder der Gesellschaft“ zu gehen. (S. 9) Dort, wissen und glauben wir, ereignet sich im Besonderen das, was wir alle demnächst feiern werden: die Menschwerdung Gottes.

Elisabeth Ohnemus



Foto: Winfried Kock

Michael Schäfers,
Grundsatzerferent der KAB Deutschlands

onen“, damit die Belange der ArbeitnehmerInnen nicht unter die Räder geraten. Sie sorgen zudem auf gesetzlicher Grundlage für geregelte Formen der Mitbestimmung im Betrieb und sind nicht zuletzt zentraler Ansprechpartner für die alltäglichen Nöte. Aber die Macht und der Einfluss der Betriebsräte sinken. Waren 1996 noch 41 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland in einem Branchentarifvertrag und durch einen Betriebsrat vertreten, ist der Anteil im Jahr 2016 auf 27 Prozent abgesunken. Im Umkehrschluss sind heute 39 Prozent der Beschäftigten ohne Branchentarif und Betriebsrat.

Im Klartext heißt dies: Die Interessen der Beschäftigten werden von zwei Seiten in die Zange genommen. Die „überbetriebliche“ Tarifbindung der Unternehmen sinkt durch Tariffahrt und die unmittelbare „betriebliche“ Interessenvertretung in Form eines Betriebsrates ist in immer weniger Betrieben präsent. Damit wird der Vorrang

pflchten. Damit der Tarifvertrag allgemein verbindlich wird, muss allerdings der Tarifausschuss zustimmen, in dem jeweils drei VertreterInnen der Arbeitgeberverbände und Arbeitnehmer sitzen. Klar ist, dass die Arbeitgeber ihr Veto dort einlegen. Deshalb ist eindeutig festzustellen, dass diese Änderung ein Fehlschlag war und ist und die Erosion der Tarifbindung nicht aufgehoben werden konnte. Die Zahlen belegen, dass die Entwicklung so weiter geht wie vor der neuen Regelung. Die „Tariflandschaft“ ist zum Nachteil der Beschäftigten in Deutschland stärker zerklüftet denn je. Sie ist ein Flickenteppich geworden.

Was lässt sich aus den deutschen Erfahrungen lernen?

Um den „Standort“ Deutschland wettbewerbsfähig zu machen, wurden Gesetze, Regeln und die Tarifautonomie ausgehöhlt. Dies zum Nachteil der Gewerkschaften und Beschäftigten. Alle bisherigen politischen Versuche, einen fairen Machtgleichgewicht

„Die Geister, die wir riefen, haben ein Eigenleben entwickelt. Die „Büchse der Pandora“ ist geöffnet, und Deutschland wird die Geister der tarifpolitischen „Untugenden“ nicht mehr los. Dies sei den ArbeitnehmerInnen in Österreich eine Warnung.“

des Faktors „Kapital“ vor der Arbeit ausgebaut und zementiert. Diese Entwicklung widerspricht dem von der Soziallehre der Kirche geforderten Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Die kapitalistische Marktwirtschaft in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten die „Machtbasis“ massiv zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der Beschäftigten verschoben.

Die ehemalige Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, hat die Tariffahrt als „dramatisch“ bezeichnet. Die Politik ist aktiv geworden, indem zum einen ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wurde, um eine Haltelinie nach unten für diejenigen zu schaffen, die aus der Tarifbindung herausfallen. Derzeit liegt dieser bei 8,84 Euro und ist angesichts der Wirtschaftskraft Deutschlands und im Hinblick auf einen fairen und gerechten Lohn deutlich zu niedrig. Zum anderen wurde die gesetzliche Initiative ergriffen, ArbeitnehmerInnen in die Tarifbindung zurückzuführen. Liegt es im „öffentlichen Interesse“, kann das Arbeitsministerium Tarifverträge für allgemein verbindlich erklären und damit Unternehmen zur Tarifbindung ver-

schen Kapital und Arbeiter stärker gesetzlich zu regeln sind bisher ohne durchgreifenden Erfolg.

Die Geister, die wir riefen, haben ein Eigenleben entwickelt. Die „Büchse der Pandora“ ist geöffnet, und Deutschland wird die Geister der tarifpolitischen „Untugenden“ nicht mehr los. Dies sei den ArbeitnehmerInnen in Österreich eine Warnung.

Michael Schäfers

Hinweis:

Dieser ZeitZeichen-Beitrag war am 20. November 2017 auch im Blog „Arbeit und Wirtschaft“ erschienen. (<https://blog.arbeit-wirtschaft.at>)

Solidaritätspakt der Zivilgesellschaft

KABÖ Mitträgerin der Initiative für Demokratie und soziale Sicherheit

Eineinhalb Wochen vor der Nationalratswahl am 15. Oktober diesen Jahres haben zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter die Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung Österreichs, einen gemeinsamen Solidaritätspakt zum Schutz der sozialen Sicherheit und der Demokratie vorgestellt. Die NGOs verpflichten sich, gemeinsam und solidarisch Beistand zu leisten, wenn einzelne Bevölkerungsgruppen oder Organisationen staatlicher Repression ausgesetzt werden. KABÖ-Vorsitzender Philipp Kuhlmann über das Motiv des KABÖ-Beitritts zum neuen Solidaritätspakt: „Demokratie braucht Freiheit, und diese Freiheit ist immer auch die Freiheit derer, die eine andere Meinung haben: Freiheit, sich zu beteiligen und Freiheit für Widerstand. Diese Freiheit der Menschen muss auch Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Der Solidaritätspakt soll helfen, diese Freiheit zu sichern.“

„Demokratie braucht Freiheit, und diese Freiheit ist immer auch die Freiheit derer, die eine andere Meinung haben: Freiheit, sich zu beteiligen und Freiheit für Widerstand.“

Philipp Kuhlmann

Die Organisationen erklärten in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 4. Oktober, dass in den letzten Monaten Angriffe auf die Grund- und Menschenrechte zugenommen hätten. Ohne diese Rechte könne es aber keine Demokratie geben. Ohne eine lebendige und von Millionen Menschen unterstützte Zivilgesellschaft und Gewerkschaften sei es um Umweltschutz, Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung schlecht bestellt. Es würden in Ös-

terreich Atomkraftwerke stehen, schutzsuchende Menschen müssten auf der Straße leben, das Versammlungsrecht wäre eingeschränkt, es gäbe eine Reihe von Frauenrechten nicht und keine starke ArbeitnehmerInnenvertretung, betonten die NGOs.



Am 4. Oktober 2017 der Öffentlichkeit präsentiert: Der Solidaritätspakt Zivilgesellschaft

Grundrechte in Gefahr

Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft hätten wesentlich dazu beigetragen, Österreich lebenswert zu machen und die Menschen mit Freiheiten, Rechten und der Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens auszustatten. Diese Errungenschaften sehen die NGOs aber jetzt in Gefahr, weil es in den vergangenen Monaten in Teilen Europas und auch in Österreich Angriffe auf zentrale demokratische Freiheiten, Grundrechte, den Rechtsstaat, ArbeitnehmerInnenrechte und die soziale Sicherheit gegeben habe. Angeführt wurden etwa das geplante Überwachungspaket, die Verschärfung des Versammlungsrechts oder das Infragestellen der Förderungswürdigkeit von NGOs sowie der Spendenabsetzbarkeit. Volkshilfe-Geschäftsführer Erich Fenninger beklagte auch eine Denunzierung von Menschengruppen. Früher sei man gegen Ausländer vorgegangen, dann gegen Flüchtlinge und jetzt auch gegen Arme. Die NGOs „rechnen auch in Zukunft mit weiteren Angriffen dieser Art.“

Gemeinsam gegen staatliche Repression

„Mit dem Solidaritätspakt verpflichten wir uns, gemeinsam unsere Stimme für die Demokratie, grundlegende Rechte sowie die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln zu erheben. Wir werden dabei auch solidarisch Beistand leisten und aktiv werden – vor allem, wenn einzelne Bevölkerungsgruppen oder Organisationen staatlicher Repression ausgesetzt sind“, erklären die Organisationen. Fenninger und Volker Plass von Greenpeace kündigten an, dass sich die NGOs gegenseitig unterstützen wollen, auch weil Umwelt-, Flüchtlings- und soziale Fragen zusammenhängen. Neben der Volkshilfe, Greenpeace und der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung haben sich u.a. Attac, epicenter.works, GLOBAL 2000, die Plattform 20.000 Frauen, SOS Mitmensch, Südwind und die Gewerkschaft vida zu diesem Solidaritätspakt zusammengefunden. Weitere Organisationen sind eingeladen, sich anzuschließen.

APA/red

Soziales ist vom Religiösen nicht zu trennen

Der emeritierte Linzer Bischof Maximilian Aichern zu Fragen der Arbeitswelt

Arbeit und Einkommen teilen, dem Skandal der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich entgegenzutreten, Einsatz für eine menschenwürdige Arbeitswelt, Absage an Gewinn und Konsum, die Sozialpartnerschaft unangetastet lassen, klare Priorisierung des Gemeinwohls gegenüber Einzelinteressen, der Mensch als Ziel der Wirtschaft, Kirche sind wir alle, das Soziale vom Religiösen nicht trennen: Bekenntnisse, Forderungen und Postulate von Maximilian Aichern. Ein Interview mit dem emeritierten Bischof der Diözese Linz anlässlich seines bevorstehenden 85. Geburtstags am 26. Dezember 2017.

Herr Bischof, am 26. Dezember dieses Jahres werden Sie Ihren 85. Geburtstag feiern. Nach wie vor sind Sie aktiv und engagiert, auch was Fragen der Arbeitswelt betrifft. So waren Sie etwa Gast bei der letzten Bundeskonferenz der KABÖ. Was gibt Ihnen die Kraft, was treibt Sie an, bis heute präsent zu sein und Ihre Stimme zu erheben – etwa für eine menschenwürdige Arbeitswelt?



KABÖ-Vorsitzender Philipp Kuhlmann beim Bundesvorstand mit Bischof Aichern



Der Geistliche Assistent der KABÖ, Fritz Krull, beim Gottesdienst mit Bischof Aichern

Ich halte es für die Aufgabe von uns ChristInnen und besonders auch von uns Bischöfen, sich für die Menschen und ihre Anliegen einzusetzen. Dazu gehört auch eine menschenwürdige Arbeitswelt. Ermutigung und Bestärkung gibt mir dabei die beachtliche Zahl von Frauen, Männern und Jugendlichen, die sich in der Kirche, in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt für die Leute und ihre Anliegen engagieren. Das Wort Jesu in der Bibel hat sehr viele soziale Inhalte. Soziales ist vom Religiösen nicht zu trennen, weil beides zum Leben des Menschen gehört. Auch viele markante Worte, die KAJ-Gründer Joseph Cardijn zur Welt der Arbeit gesagt hat, haben mich immer sehr beeindruckt und mich bestärkt.

Wachsende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen geht in Österreich einher mit der Zerstückelung von Arbeit, mit Prekariisierung eines Teils der arbeitenden Menschen und einem gewaltigen Überstundenkontingent bei einem anderen Teil. Die KABÖ fordert daher die 30-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Es gab immer wieder Ansätze, einen Ausgleich zwischen den hohen Überstundenzahlen und der nach wie vor zu hohen Zahl der Arbeitslosen zu finden. Zum oftmaligen Aufruf „Arbeit und Einkommen teilen!“ sind echte Lösungen erforderlich. Die Arbeitgeberseite wie die Arbeitnehmerschaft müssen dazu ihren Beitrag leisten. Dringend notwendig wäre auch die Hereinnahme dieser Anliegen in die politischen Programme.

Die Forderung der KABÖ nach der 30-Stunden-Woche geht einher mit der Forderung nach der Aktivierung von Verteilungsinstrumentarien, etwa der Wiedereinführung von Vermögenssteuern im Rahmen einer Steuerreform. Was macht es, Ihrer Beobachtung zufolge, PolitikerInnen so schwer, sich zu einem solchen Schritt durchzurufen?

Die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen Armen und Reichen ist ein weltweiter Skandal und verlangt intensiven Einsatz von allen, auch bei uns. Das Verteilungssystem muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und Lebensqualität für alle entsprechen. Dazu sind verstärkte Gespräche und Lösungsbemühungen notwendig. Es geht aber auch um eine neue Gesinnung, die nicht den finanziellen Gewinn und den Konsum an die erste Stelle setzt.

Vor dem Hintergrund der mit der Nationalratswahl neu entstandenen politischen Situation in Österreich wird auch die Abschaffung von Wirtschafts- und Arbeiterkammer debattiert. Was würden Sie den verantwortlichen PolitikerInnen zu dieser Frage sagen?

Die Sozialpartner haben einen wesentlichen Anteil am Wiederaufbau Österreichs nach 1945 und haben wirksam zum sozialen Frieden in unserem Land beigetragen. Sie haben auch jetzt sehr wichtige Aufgaben. Vielleicht sind Verbesserungen in der Arbeitsweise und Zusammenarbeit notwendig. Die gemeinsame Verantwortung

darf aber nicht in Frage gestellt werden.

Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft war Ihnen immer ein besonderes Anliegen. Unter Ihrer Federführung ist der Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe 1990 zustande gekommen, Sie waren maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung und Umsetzung des Ökumenischen Sozialwortes der christlichen Kirchen in Österreich 2003. Mit welchen Problemen sehen Sie heute den sozialen Zusammenhalt konfrontiert?

Ein Grundanliegen des Sozialhirtenbriefs und des Ökumenischen Sozialwortes war die humane und geistige Grundlage der Gemeinschaft, die gegenseitige Verantwortung, aus der sich die Notwendigkeit des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit ergibt. Das Gemeinsame, das Gemeinwohl muss immer vor den Gruppen- und Parteiinteressen stehen. Die Gesinnung des Miteinander braucht eine Verstärkung, auch die Bereitschaft zum Teilen und zu gesunden Kompromissen.

Was braucht es seitens der Politik, um den Sozialstaat zu sichern?

Es ist notwendig, die große Bedeutung der sozialen Errungenschaften zu sehen und anzuerkennen. Der Mensch als Ziel der Wirtschaft und Gesellschaft verlangt Konsequenzen. Die sozialen Errungenschaften stehen immer wieder in Gefahr, dass sie dem Profit und dem Konsum geopfert werden. Dazu kommt, dass Globalisierung sowie wirtschaftliches und politisches Zusammenwachsen dem sozialen und humanen Bereich viel zu wenig Beachtung schenken.

„Die Sozialpartner haben einen wesentlichen Anteil am Wiederaufbau Österreichs nach 1945 und haben wirksam zum sozialen Frieden in unserem Land beigetragen. Sie haben auch jetzt sehr wichtige Aufgaben. Vielleicht sind Verbesserungen in der Arbeitsweise und Zusammenarbeit notwendig. Die gemeinsame Verantwortung darf aber nicht in Frage gestellt werden.“

Sie haben vor 30 Jahren die bischöfliche Arbeitslosenstiftung gegründet. Wo sehen Sie deren Hauptaufgabe heute?

Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung wurde als Antwort auf die steigende Arbeitslosigkeit 1987 gegründet. Sie soll kräftige Zeichen des Teilens mit arbeitslosen Menschen setzen. In Gesprächen erlebe ich immer, wie nötig Ansprechstellen sind, die den arbeitslosen Menschen in ihrer schwierigen Zeit helfen, ihnen Hoffnung und konkrete Hilfe geben. Dazu kommt die Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit für die verstärkte Bekämpfung der Arbeitslo-



Bischof Aichern: Das Verteilungssystem muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und Lebensqualität für alle entsprechen.

sigkeit. Sie ist ein nicht zu rechtfertigendes Übel, an das wir uns nicht gewöhnen dürfen.

Sie haben stets auf das fruchtbare Miteinander von Priestern, Diakonen und Laien in der Seelsorge gesetzt, waren in der Bischofskonferenz unter anderem zuständig für die KAÖ. Wie stellt sich aus Ihrer Sicht dieses Miteinander heute dar? Was braucht es, um es voranzutreiben?

Bei meinen Besuchen und Gesprächen in den Pfarren und Gruppen erlebe ich, dass das Miteinander in der Kirche und das Engagement der Laien in der Seelsorge und im kirchlichen Leben sehr groß ist und weiter wächst. „Kirche sind wir alle“ ist kein Schlagwort, sondern erlebbare Wirklichkeit. Durch manche Reformen und weitere neue Wege könnte dieses Engagement noch verstärkt und verbessert werden.

Vor welchen Herausforderungen steht die KABÖ, was raten Sie ihr zu tun?

Die Mitglieder sowie die Aktivistinnen und Aktivisten der KAB haben große Erfahrungen und viel Bereitschaft zum Einsatz in der Gesellschaft und in der Kirche. Sie sind Kirche in der Arbeitswelt und bringen gleichzeitig die Sorgen und positiven Seiten der Arbeitswelt in das kirchliche Leben und Wirken ein. Sie tragen bei, dass die Welt der Arbeit und Wirtschaft ein Stück menschlicher wird, dass die Würde der arbeitenden Menschen mehr gesehen wird, dass die Solidarität bei uns und weltweit wächst. Wichtig ist, dass die Kirche insgesamt ihre Aufgabe in diesen Bereichen verstärkt wahrnimmt. Dazu fordert uns Papst Franziskus immer wieder auf.

Herzlichen Dank für das Interview und Gottes Segen zu Ihrem 85. Geburtstag seitens Redaktion sowie Leserinnen und Lesern von ZeitZeichen!

Interview: Elisabeth Ohnemus

Würde und Gerechtigkeit

Festakt zum dreißigjährigen Bestehen der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz

Arbeitslosen Menschen eine Stimme zu geben ist eines der großen Anliegen der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist die konkrete und individuell abgestimmte Hilfe für Menschen ohne Erwerbsarbeit. In den vergangenen 30 Jahren konnten mehr als 3,5 Mio. Euro an Spenden gesammelt werden, um Menschen ohne Erwerbsarbeit und andere soziale Einrichtungen zu unterstützen. Über das Projekt „JONA Personalservice“ konnten seit der Gründung im Jahr 1994 363 Menschen in verschiedenen Betrieben in OÖ beschäftigt werden. Aktuell wird daran gearbeitet, für ältere langzeitarbeitslose Menschen im Rahmen der Aktion 20.000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz wurde 1998 gemeinsam mit dem damaligen Linzer Bischof Maximilian Aichern gegründet. Seitdem konnten 126 TeilnehmerInnen die Unterstützung für einen beruflichen Umstieg oder für eine zukunfts-

weisende Ausbildung in Anspruch nehmen. Im „Jugendprojekt JU-CAN“ begleitete die Stiftung seit der Gründung 2010 mehr als 130 Jugendliche bei der Entwicklung einer neuen beruflichen Perspektive. Diese drei Einrichtungen werden durch Eigenerwirtschaftung, durch Förderungen des Sozialressorts des Landes OÖ und des AMS OÖ sowie mittels Spenden finanziert. Aichern erinnerte beim Festakt in Linz daran, dass Religiöses und Soziales zusammengehören und es stets Aufgabe der Kirche sei, mit Worten und Taten dort zu helfen, wo Menschen in Not seien.

Diözesanbischof Manfred Scheuer: Arbeitslosigkeit macht krank

Der Linzer Diözesanbischof Manfred Scheuer betonte in seinem Beitrag die Bedeutung von Erwerbsarbeit für den einzelnen Menschen. „Arbeit ist eine wichtige Säule für ein gesundes Leben. Wird ein Mensch arbeitslos, zerbröseln diese Säule. Arbeitslosigkeit macht krank.“ Doch auch für die Gesellschaft insgesamt sei von Be-

deutung, wie sie mit Menschen an ihren Rändern umgeht: ob und wie Menschen arbeiteten und bezahlt würden, entscheide wesentlich darüber, ob ein Leben in Würde möglich sei. Bischof Scheuer betonte in diesem Zusammenhang die grundsätzlich gleiche Würde aller Menschen, das sei es, was uns zur Schaffung von Gerechtigkeit verpflichtete. Bei allen gegenwärtigen und zukünftigen Veränderungen in der Arbeitswelt, wie z.B. Automatisierung und Digitalisierung, dürfe Arbeitslosigkeit nicht einfach als „Teil des Marktes“ hingenommen werden. Stattdessen sei die Frage nach einer gerechten Verteilung des Erwirtschafteten zu stellen.

Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer: Sozialsystem sichern, Rückschritten entgegenwirken

Die Frage nach der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist ein wichtiges Zukunftsthema, betonte Landesrätin Birgit Gerstorfer. Aus welchen Formen von Einkommen sind diese in Zukunft finanzier-



v.l. Edeltraud Addy-Papelitzky, Kollegiumsvorsitzende der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung, Christian Winkler, Geschäftsführer, Diözesanbischof Manfred Scheuer, Iris Schmidt, stv. Landesgeschäftsführerin des AMS OÖ, Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer, Sandra Saminger, Vertretung AK-Präsident, Franz Molterer, stv. Direktor AK OÖ, Bischof em. Maximilian Aichern.



Fotos: Michaela Grell MIG-Pictures e.U.

bar, wenn Arbeitsplätze weniger werden, so die Frage der Landesrätin. Würde das Gemeinwohl nicht gesichert, entstünden andere massive Probleme. Entscheidend sei, wie wir uns als Gesellschaft zu den Menschen stellen, die „draußen“ gelandet sind.

Ein gutes, Würde zurückgebendes Modell ist für Gerstorfer die gerade anlaufende „Aktion 20.000“ für arbeitslose Menschen über 50. Als Aufgabe der Politik sieht Landesrätin Gerstorfer derzeit die Absicherung des Bestehenden im Sozialsystem und das Bestreben, Rückschritten und Fehlentwicklungen entgegen zu wirken mit der Priorität einer Politik für alle Menschen.

Herausforderung Digitalisierung

Durch die radikalen Veränderungen der „digitalen Revolution“ sei zu erwarten, dass traditionelle Arbeitsplätze verloren

gingen, so Bischof Manfred Scheuer. Daher sei ein Nachdenken über eine Art von Grundeinkommen nötig. Weitere Herausforderungen unserer Gesellschaft sieht Diözesanbischof Scheuer in der Ausbildung der Jugend, die Forderung nach lebenslangem Lernen und die Entwicklung einer neuen Ethik in Bezug auf die zunehmende Interaktion zwischen Mensch und Maschine – Stichwort Pflegeroboter. Der Bischof stellte die Frage nach Würde und Gerechtigkeit für Menschen in der Arbeitswelt auch in den Kontext einer gedeihlichen wirtschaftlichen Kultur und forderte, auf die Ausgewogenheit zwischen Leitbetrieben und Handwerk, Klein- und Mittelbetrieben zu achten.

„ Arbeit ist eine wichtige Säule für ein gesundes Leben. Wird ein Mensch arbeitslos, zerbröseln diese Säule. Arbeitslosigkeit macht krank.“

Bischof Manfred Scheuer

Menschen in der Arbeitswelt auch in den Kontext einer gedeihlichen wirtschaftlichen Kultur und forderte, auf die Ausgewogenheit zwischen Leitbetrieben und Handwerk, Klein- und Mittelbetrieben zu achten.

Elisabeth Zarzer
Barbara Mitterndorfer-Ehrenfellner

Innovation und Individualität

Ein Rückblick auf 30 Jahre Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung wurde vor 30 Jahren gegründet, einerseits mit der Einladung an Spenderinnen und Spender, ein Zeichen der Solidarität mit arbeitslosen Menschen zu setzen und andererseits mit dem Auftrag, Betroffene konkret zu unterstützen sowie Informationsarbeit über die Lage arbeitsloser Menschen zu leisten. Damals ist die Arbeitslosigkeit in Österreich rasant angestiegen: „Hier muss auch die Kirche einen Beitrag leisten“, war die Motivation kirchlich Engagierter in KAB und Betriebsseelsorge, die die Gründung der ersten Arbeitslosenstiftung in Österreich gemeinsam mit Bischof Maximilian Aichern in die Wege leiteten. Christian Winkler, Geschäftsführer der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung, mit einem Rückblick und Ausblick.



Foto: Winkler

Christian Winkler, Geschäftsführer der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung

wir Weiterbildungen für arbeitslose Menschen fördern können. Wir arbeiten stark vernetzt, sowohl in der Sozialplattform, im Armutsnetzwerk als auch im Jugendnetzwerk OÖ.

Arbeitslosen eine Stimme geben

Wir wollen aber auch arbeitslosen Menschen eine Stimme geben, berichten, wie es ihnen konkret geht, wie es tatsächlich ist, z. B. wenn ihnen persönlich oder pauschal via Medien Arbeitsunwilligkeit unterstellt wird. Ein Jugendlicher hat vor kurzem festgestellt: „Arbeitslosigkeit ist kein Urlaub, es ist eher wie Folter.“ Zu verschiedenen Themen haben wir Tagungen organisiert, z. B. „Arbeit um jeden Preis?“, „Ich kann, wenn es mir jemand zutraut!“ oder „Arbeit ist das halbe Leben?!“. Insbesondere melden wir uns zum Tag der Arbeitslosen am 30. April zu Wort, mit Gottesdienstgestaltungs-Vorschlägen aber auch mit kreativen Aktionen in Linz. In unserer Zeitung INFOS greifen wir aktuelle Themen auf, bisher sind 115 Ausgaben erschienen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit marginal

Heute hören wir vom Rückgang der Arbeitslosigkeit um ein paar Prozent, das sind ja aber nur Hundertstel. Die Zahl jener Menschen, die, teilweise schon verzweifelt, eine passende Arbeitsstelle suchen, ist nach wie vor hoch. Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist, neben der konjunkturellen und der saisonellen, das große Problem: Wir haben in Österreich vierhunderttausend arbeitssuchende Menschen mehr als offene Stellen.

Die Steigerung bei den offenen Stellen ist nur zum kleineren Teil eine tatsächliche, weit mehr wirkt die Umstellung der Zählweise durch das AMS. Auch melden zunehmend mehr Betriebe offene Stellen, um zu erkunden, „was der Markt hergibt“, also welche Arbeitskräfte mit welcher Qualifikation

wären verfügbar. Das Jammern, dass einige Stellen nicht besetzt werden können, hat zum einen als Ursache, dass die Anforderungen in die Höhe geschraubt wurden, zum anderen fehlen da und dort Fachkräfte, aber vor allem deshalb, weil schon jahrelang bei der Ausbildung und der Anzahl der Lehrstellen gespart wird.

Es bleibt weiterhin unsere Aufgabe, arbeitslose Menschen ganz individuell zu unterstützen und Innovationen im Betreuungsangebot zu ermöglichen. Und es bleibt weiterhin eine große Herausforderung, gemeinsam mit KAB, Betriebsseelsorge und vielen weiteren Organisationen eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit voranzutreiben.

Christian Winkler



Impressum

Medieninhaberin (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Maria Etl **Chefredakteurin:** Mag.a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Mag.a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Layout:** Karin Weiß **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ unter 01/51552-3350**

Positionen

„Laienhafte“ Sichtweise

Am 17. Oktober 2017 feierte die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz im Pfarrzentrum Marcel Callo in Linz-Auwiesen mit über 140 Gästen ihr 30jähriges Bestehen. Unter dem Motto: „Würde und Gerechtigkeit – Menschen in der Arbeitswelt“ wurde gefeiert, gedankt, aber auch über Würde und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt nachgedacht und diskutiert. Als Erwartung an die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung und an die Kirche wurde seitens der Gäste formuliert, dass sie gemeinsam als „Interessensvertretung für Würde und Gerechtigkeit“ wirken müssen, um einer Spaltung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Hunderte betreute jugendliche und erwachsene Menschen sind ein Erfolg, der möglich wird, wenn der konkrete Wille vorhanden ist, etwas zu tun. Der Sozialbereich ist leider oft von weniger guten Arbeitsbedingungen gekennzeichnet und jedes Jahr um die Finanzierung fürchten zu müssen, ist auch keine gute Voraussetzung. Gute Arbeit sieht anders aus. Die Absicherung über Stiftungen oder finanzielle Unterstützung durch die (Erz-)Diözesen ermöglichen, über Jahrzehnte aktiv zu sein, wie in Linz eben seit 30 Jahren, in Graz-Seckau seit 1988 (unter anderem das PatInnen-Projekt, das als „Vorlage“ für das Projekt „Hands on“ in Wien dient). Auch eine Zweckwidmung von 50% des Kirchenbeitrags ist eine sinnvolle Möglichkeit (wie in der Diözese Gurk-Klagenfurt), die meiner Meinung nach genutzt werden sollte. In der Erzdiözese Wien mache ich das für den Bereich Umwelt (Soziales wird von der Caritas abgedeckt). Wo diese Möglichkeiten fehlen, bleibt nur die Suche nach KooperationspartnerInnen. Die wollen zumindest einen starken Partner. Sonst wird das Projekt nicht ernst genommen. Der Rückhalt ist zum Beispiel in St. Pölten und Wien gering und sowohl das „Netzwerk der Solidarität“ als auch „Hands on“ versuchen eine Annäherung an die Caritas zur langfristigen Absicherung.

Die Situation in der KAÖ und KABÖ ist ähnlich: Ohne finanzielle Absicherung ist es schwierig, weiter zu arbeiten. Ehrenamtliche Arbeit braucht Unterstützung. Und ja, es gibt auch Widerspruch von Ehrenamtlichen und ja, die sind weniger leicht zu steuern. Ich sehe aber keine Alternative. Bischof Aichern bekräftigt immer wieder (zuletzt vor wenigen Tagen bei der KAB-Bundeskonferenz), dass die Kirche die Expertise und Erfahrung der Laien braucht. Ich sehe auch in meiner Firma, dass ein hierarchischer Apparat mehr und mehr Probleme hat, mit der neuen Generation der „Millenials“ umzugehen. Denen sagt man nach, dass sie weniger Wert auf Geld legen und eher danach trachten gestalten zu können.



Philipp Kuhlmann
Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich
philipp.kuhlmann@gmx.at

Das gleiche sieht man bei der Nutzung der Freizeitoption, die in einigen Kollektivverträgen existiert. Freizeit und Gestaltungsmöglichkeit ist vielen mehr wert als Geld. Und wenn jemand meint, dass das im kirchlichen Bereich nicht zutrefte: Schon Prof. Zulehner kommt in der Pfarrgemeinde-räte-Studie von 2009 unter anderem zu dem Schluss, dass eine wichtige Motivation für die Mitarbeit im PGR ist, „entscheidend“ mitgestalten“ zu können und „Anerkennung/Rückhalt“ zu bekommen. Wie das funktionieren soll, wenn ehrenamtliche Strukturen reduziert, Mittel gekürzt und in einem Konstrukt mit weisungsgebundenen MitarbeiterInnen konzentriert werden, entzieht sich meinem Verständnis. Wenn in einer Organisation verstärkt auf Ehrenamt gesetzt wird, ist es fatal, wenn man bei Strukturen spart, die ehrenamtliche Arbeit unterstützen.

Bischof Aichern sagt auch, dass ihm der Kontakt mit Laien wichtig ist, und er lebt das auch. Als Vorsitzende in der KAB warten wir bis zu 3 Jahre auf einen Termin mit zuständigen (Erz-)Bischöfen. Eigentlich wollen wir nur arbeiten und uns mit ihnen über die grundsätzliche Ausrichtung abstimmen. In Wien wurde die Devise „mission first“ ausgegeben. Da machen wir gerne mit: Wir gehen mit Projekten wie den eingangs erwähnten Initiativen für Arbeitslose (seit Jahrzehnten) an die Ränder der Gesellschaft (wie Papst Franziskus nicht müde wird uns zu ermuntern), ermöglichen eine Begleitung, die die Menschen ernst nimmt, sprechen auch Menschen außerhalb der Kirche an (z.B. als MentorInnen) und haben mit unseren Allianzen (arbeitsfreier Sonntag, TTIP-stoppen, „Wege aus der Krise“, etc.) Wirkung nach außen.

Während ich diese Zeilen schreibe, sitze ich im Zug auf der Heimfahrt von der KAÖ-Herbstkonferenz in Innsbruck. Bischof Wilhelm Krautwaschl hat dort Fragen zur „Zukunft des Laienapostolats in Österreich“ gestellt und einen Prozess gestartet, in dem die vier Bischöfe Freistetter, Turnovszky, Schwarz und er mit den Laienorganisationen gemeinsam über die Zukunft nachdenken. Positiv ist daran, dass es anscheinend um gemeinsame Lösungen geht. Dass die Stelle von Maria Etl vorerst nur mehr zu 50 % nachbesetzt wird, ist der angespannten finanziellen Situation der Katholischen Aktion Österreich geschuldet und dämpft den Optimismus.

Philipp Kuhlmann

Im Fokus: PaketzustellerInnen

Karten-Verteilaktion zum „Welttag für menschwürdige Arbeit“

„Einen guten Arbeitstag!“ wünschen Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung (KAB) und Betriebsseelsorge OÖ mit ihrer jährlichen Karten-Verteilaktion zum 7. Oktober und setzen damit ein Zeichen für gute, menschenwürdige Arbeit für alle. An unterschiedlichen Orten werden rund um diesen Tag Karten verteilt und Menschen an ihren Arbeitsplätzen besucht, z. B. in der Linzer Innenstadt, am Gelände der voestalpine, in Steyr usw. Die Karten und Gespräche lenken den Blick auf die Umstände, unter denen Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Heuer im Fokus: Menschen, die als PaketzustellerInnen arbeiten. Die Branche ist im Subunternehmer-System organisiert: Die großen Firmen stellen meist selbst keine FahrerInnen an, sie schließen Verträge mit kleinen Transportfirmen, die oft pro Paket bezahlt werden. Dort sieht der Arbeitsalltag der ZustellerInnen, egal ob angestellt oder wieder selbstständig, so aus: Auto beladen, fahren, so schnell wie möglich zur Lieferadresse, Annahme regeln und wieder weiter – immer unter Zeitdruck und körperlicher Anstrengung. Bis alle Pakete ausgeliefert sind, wird der Arbeitstag lang, bei einem mäßigen Lohnniveau: Der Normal-Stundenlohn für ArbeiterInnen liegt lt. KV-Kleintransporteure 2017 je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit zwischen € 7,58 und € 8,16. (Quelle: www.wko.at/service). Doch viele FahrerInnen sind gar keine ArbeitnehmerInnen, sondern sogenannte EPU's (Ein-Personen-Unternehmen). Die Gewerkschaft bemüht sich gerade, für diese (formal) selbstständigen Personen ein unterstützendes Rechtsberatungssystem aufzubauen. Durch den zunehmenden Online-Handel wird der Bedarf an Zustelldiensten weiter steigen. Der Druck auf die Branche nimmt zu. Die Arbeitsbedingungen für Zusteller und Zustellerinnen müssen daher kritisch beobachtet werden, denn auch für diese Berufsgruppe gilt: Hier arbeitet ein Mensch!



„Einen guten Arbeitstag“ wünschte die KAB OÖ am 7. Oktober auch diesem Paketzusteller

Einladung zu ksoe-Lehrgang zu solidarischen Wirtschaften

Die Katholische Sozialakademie Österreichs lädt zu einem Lehrgang zum Thema „Solidarisch Wirtschaften“, in 4 Modulen, jeweils DO/FR in Wien, Friesach (Kärnten) und Südtirol ab 26./27.4.2018.

Inhalte

- Aufbau- und Veränderungsprozess von solidar-ökonomischen Initiativen/Betrieben
- Eigentums-, Rechts- und Finanzierungsfragen
- Demokratische Organisation, nicht-hierarchische Organisationsformen, Selbstorganisation
- Kommunikation, Entscheidungsfindung, Selbstreflexion
- Praxisfelder: bspw. Genossenschaften, Commoning, Ernährung und Landwirtschaft, solidarisch/gemeinschaftlich Wohnen und Leben
- Perspektiven solidar-ökonomischen Wirtschaftens: sozial-ökologische Transformation u.a.

Angesprochen sind Personen und Gruppen, die

- entsprechende Initiativen, Projekte und Betriebe aufbauen möchten oder
- bereits solidar-ökonomisch im Tun sind, dabei Neuorientierung suchen,
- Veränderungen gestalten und gute Entscheidungen treffen wollen,
- sowie MultiplikatorInnen

Anmeldung und weitere Infos bei der ksoe:

01-310 51 59 oder markus.bluemel@ksoe.at

ksoe

Positionen

Hier arbeitet ein Mensch

Arbeit gehört zum Menschsein wie das tägliche Brot. Ohne Arbeit verkümmert der Mensch, ohne Arbeit wäre unsere Erde verwahrlost. Viele Menschen gehen gerne ihrem Beruf nach, einerseits, weil sie sich dadurch definieren können, andererseits weil Arbeit Erfüllung bringt. Doch es gibt auch sehr viele Menschen, die frustriert von ihrem Arbeitsplatz nach Hause kommen, abgesehen davon, dass immer mehr Berufstätige es nicht erwarten können, endlich in den „wohlverdienten Ruhestand“ gehen zu können.

Viele Gründe spielen hier mit, vor allem weil wir uns am Arbeitsplatz als Mensch nicht genug ernst genommen fühlen. Drei wichtige Faktoren, die uns behindern, Mensch am Arbeitsplatz zu sein und als solcher auch wahrgenommen zu werden, versuche ich hier anzuführen.

Wir Menschen brauchen Sicherheit. Angst ist das Gegenteil von Sicherheit. Viele, die in beruflicher Verantwortung stehen haben Angst vor der Beurteilung durch andere, nicht nur durch ihren Chef, sondern durch ihre Kolleginnen und Kollegen. Aber es gibt auch Existenzängste, die sich in Zeiten wie diesen immer häufiger und extremer ausarten: Werde ich meinen Arbeitsplatz behalten können, werde ich den an mich gestellten Anforderungen genügen?

Ein weiterer Beweggrund, mit dem Menschen in der Arbeitswelt von heute konfrontiert sind, ist das Mobbing. Nicht selten entsteht Mobbing in einem Unternehmen, das schlecht geführt wird. Oft wird Führen mit Verletzen verwechselt in der vermeintlichen Annahme, auf diese Weise autoritär entscheiden zu können. So entsteht ein Klima, das jedwede konstruktive Leistung behindert. Doch genauso tragen eigene Kolleginnen und Kollegen mit Schuld an dieser Behinderung: Extreme Vorbehalte und Vorurteile neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber, aber immer wieder und noch häufiger werden Kolleginnen und Kollegen Ziel negativer Projektion, nur aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft.

Ein drittes Phänomen, das Unlust erzeugt ist der stets steigende Druck. Einerseits durch Führungskräfte, genötigt durch die Konzernleitung, noch bessere Erfolgszahlen zu erzielen, sehr wohl zu glauben, diesen Druck auf



Fritz Krull
Geistlicher Assistent
der KABÖ

ihre Untergebenen in gleicher Schärfe ausüben zu müssen. Andererseits durch den nicht einzudämmenden Konkurrenzdruck, dem wir in der liberalen Marktwirtschaft permanent ausgesetzt sind: Noch billiger, noch geschwinder, noch besser als die anderen – am besten mit unbegrenzter Garantie!

Ich persönlich habe 40 Jahre in unterschiedlichen Bereichen der Elektroindustrie gearbeitet. Es gab Zeiten, in denen mir meine Tätigkeit infolge freier Gestaltungsmöglichkeit, einem guten Miteinander mit Vorgesetzten, Kolleginnen und Kollegen, Lieferanten und Kunden viel Freude gemacht hat. Aber ich kenne auch die Angst, das Mobbing und den Druck. Da habe ich mich gefragt und frage mich immer wieder auch heute noch: Muss das so sein?

Ich glaube, Jesus gibt uns da eine Antwort, indem er sagt „Macht euch keine Sorgen und fragt nicht, was sollen wir essen, was sollen wir trinken? Euer himmlischer Vater weiß, dass ihr das alles braucht. Euch aber muss es zuerst um sein Reich und um seine Gerechtigkeit gehen. Dann wird euch alles andere dazu gegeben werden (Mt 6,31.32b.33)“. Und Paulus schreibt „Denn das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, es ist Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geist (Röm 14,17)“. Eine Illusion? Ein Wunschdenken fernab von Gut und Böse? Vielleicht – aber ich kenne keinen anderen, besseren Weg!

Fritz Krull





Alles aus einer Hand

Geschichte und Gegenwart der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt

Die AUVA ist die soziale Unfallversicherung für rund 4,8 Millionen Personen. Neben unselbständig und selbständig Erwerbstätigen umfasst der Versichertenkreis auch in Ausbildung Stehende vom verpflichtenden Kindergartenjahr bis zum Studienabschluss sowie zahlreiche Mitglieder freiwilliger Hilfsorganisationen. Eine Information der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt.

Ihre Aufgaben bestreitet die AUVA fast zur Gänze aus Pflichtbeiträgen der Dienstgeber. Im Gegenzug übernimmt sie die Haftung für Arbeitsunfälle und das Auftreten von Berufskrankheiten. Die AUVA betreibt sieben Unfallkrankenhäuser: Zwei in Wien und je eines in Graz, Linz, Salzburg, Klagenfurt und Kalwang in der Steiermark. Außerdem drei Rehabilitationszentren in Wien, Klosterneuburg (Weißer Hof) und Häring/Tirol sowie eine Rehabilitationsklinik im steirischen Tobelbad. In diesen Einrichtungen werden jährlich über 370.000 Patien-

tinnen und Patienten behandelt, davon mehr als 46.000 stationär.

Kernaufgabe Prävention

Eine Kernaufgabe der AUVA ist die Prävention, denn alle Maßnahmen in diesem Bereich senken nachweislich die Kosten für die weiteren Kernaufgaben Heilbehandlung, Rehabilitation und finanzielle Entschädigung von Unfallopfern. Nicht zuletzt dank unterschiedlicher Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen ist seit Jahren ein kontinuierlicher Rückgang der Unfallzahlen und

Rentenbezieher zu beobachten. Neben unterschiedlichen Präventionsschwerpunkten führt die AUVA Sicherheitsberatung in und für Betriebe durch und ist unter anderem auch im Fortbildungsbereich aktiv. Ihren Ursprung hat die gesetzliche Unfallversicherung im 19. Jahrhundert, als in Folge der Industrialisierung der Arbeiterstand entstand. Die damaligen Arbeiterinnen und Arbeiter besaßen in der Regel nicht mehr als ihre Arbeitskraft und waren im Falle eines Unfalles auf Almosen angewiesen. Das Drängen nach sozialer Absicherung führte zur Einführung einer gesetzlichen Arbeitsunfallversicherung, die 1889 in Kraft trat und die Haftpflicht der Unternehmer im Rahmen der Pflichtversicherung regelte. Zur Durchführung wurden sogenannte Arbeiterunfallversicherungsanstalten gegründet, eine

Nachfolgerin davon ist die heutige AUVA.

Kontinuierlicher Ausbau

Nach mehreren Reformschritten in der Monarchie und Ersten Republik kommt es nach dem 2. Weltkrieg mit Schaffung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erstmals zu einer klar formulierten Basis für Unfallverhütung in den Betrieben. In den folgenden Jahrzehnten wird der Versicherungsschutz ausgedehnt: Als neue große Gruppe werden 1977 Schüler und Studenten einbezogen, seit dem Schuljahr 2010/2011 sind Kindergartenkinder im letzten Jahr vor der Schulpflicht ebenfalls versichert. Unfallverhütung und Heilbehandlung wurden und werden seither

kontinuierlich ausgebaut und modernisiert. Im Rahmen des Drei-Sparten-Modells der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung erweist sich die Unfallversicherung, die Prävention, Heilbehandlung und Rentenzahlung aus einer Hand bietet, als einzig wirksame Absicherung gegen Unfallgefahren am Arbeitsplatz.

Prinzip Selbstverwaltung

Wie alle Sozialversicherungsträger ist auch die AUVA nach dem Prinzip der Selbstverwaltung organisiert: Das bedeutet, dass die Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Funktionäre in die entsprechenden Organe entsenden. Das garantiert größtmögliche Nähe zum Ver-

sicherten und Unabhängigkeit vom Staat. Die Mitglieder der Selbstverwaltung fassen in den geschäftsführenden Organen die für die Betreuung der Versicherten notwendigen Beschlüsse auf der Grundlage des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes.



Ja zum Aufbruch in Zeiten des Umbruchs

Hannes Labner hofft auf die „Junge Kirche“

Ein Kommentar des Vorsitzenden der KAB Steiermark, Hannes Labner, zur Konsultationsvorlage für das „Zukunftsbild“ der Diözese Graz-Seckau, die in den vergangenen Monaten erarbeitet wurde.

„Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“ Als einer, der sich die letzten sechs Jahrzehnte in verschiedensten Funktionen - von der Pfarr- bis zur Bundesebene - in der katholischen Kirche hierzulande eingebracht hat, möchte ich ganz bewusst in der von mir erbetenen Reaktion auf die Konsultationsvorlage für das Zukunftsbild der Diözese an den einleitenden Satz der Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils erinnern.

Ja, ich bin für den selbstbewussten Aufbruch der Christen zum Menschen außerhalb der üblichen Sakralräume, für Ermunterung aller Getauften in unserer Diözese, „mitten im Leben dem Leben zu begegnen“. Ja, es soll neue Formen der Glaubensverkündigung geben, es darf manch Traditionelles und möglicherweise Überholtes in Frage gestellt, Strukturen auf ihre Tauglich-

keit überdacht werden. „Mir ist eine ‚verbeulte‘ Kirche, die verletzt und beschmutzt ist, weil sie auf die Straßen hinausgegangen ist, lieber als eine Kirche, die aufgrund ihrer Verslossenheit und ihrer Bequemlichkeit, sich an die eigenen Sicherheiten zu klammern, krank ist“ motiviert dazu auch Papst Franziskus in seinem aufrüttelnden Pastoral Schreiben „EVANGELII GAUDIUM“.

Ja, und noch etwas ist mir als derzeitigem KAB-Diözesanvorsitzenden, der sich die meiner Meinung nach notwendige Aufmerksamkeit der Kirche für die Arbeitswelt durchaus auch in anderen Strukturen und Zuständigkeiten vorstellen kann, wichtig: „Obwohl die gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates [...] zentrale Aufgabe der Politik ist, kann und darf [die Kirche] im Ringen um Gerechtigkeit [...] nicht abseits bleiben. Alle Christen, auch die Hirten, sind berufen, sich um den Aufbau einer besseren Welt zu kümmern“ mahnt Franziskus in „EVANGELII GAUDIUM“ ein.

Wie schaffen wir das? Ist das Neue automatisch schon besser als das Traditionelle in bisherigen Strukturen? Was die gesellschaftspolitische Verantwortung der Christen in einer Welt des Umbruchs betrifft, warte ich noch immer auf das (mich per-

sönlich entlastende) Engagement der „Jungen Kirche“...

Johannes Labner
KAB-Diözesanvorsitzender



Hannes Labner

Wie weiter mit dem Sozialstaat?

Eine Diskussion im Vorfeld der Nationalratswahl

Im Vorfeld der Nationalratswahl am 15. Oktober sowie als Beitrag zum „Tag der menschenwürdigen Arbeit“ am 7. Oktober hatte die KAB Steiermark zu einem Diskussionsabend mit VertreterInnen der wahlwerbenden Parteien nach Graz eingeladen. Die Fragen des Abends: Sind die Programme der wahlwerbenden Parteien mit christlichen Grundüberzeugungen vereinbar? Was ist zu tun, um Armut, Ausgrenzung, Vorurteile zu verhindern? Bedarf es eines weiteren Ausbaues des österreichischen Sozialstaates?

Der Einladung von KAB Steiermark, Pax Christi und Netzwerk von Christen, darüber zu reden, waren fünf VertreterInnen der politischen Parteien gefolgt, nämlich Verena Nussbaum (SPÖ), Karlheinz Kornhäusl (ÖVP), Judith Schwentner (Grüne), Irmgard Griss (Neos) und Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ). Als Diskussionsort war das Marienstüberl der Caritas gewählt worden, eine Begegnungsstätte für Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen. KAB-Vorsitzender Hannes Labner thematisierte als Moderator einleitend und unter Hinweis auf das KAB-Motto „Wir stellen den Menschen in die Mitte“, die Frage, welchen Stellenwert angesichts der zu erwartenden sozioökonomischen Veränderungen – Stichworte Digitalisierung, Globalisierung – der Sozialstaat bei den wahlwerbenden Parteien habe. In einem Punkt zeigten sich da die ParteienvertreterInnen einig: Bildung, Weiterbildung, lebenslanges Lernen werden fast schon als Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit und Armut gesehen.

Bildungspolitik als Sozialpolitik

In Zukunft würden andere Qualifikationen als bisher notwendig sein, daher sei Bildung, sei lebenslanges Lernen die beste Sozialpolitik, meinte etwa Irmgard Griss. Dies gelte auch für handwerkliche Arbeit, deren Wert in Österreich leider zu gering geschätzt werde. Klimt-Weithaler sah Gefahren in übertriebener Flexibilisierung und Überhandnehmen von Leiharbeit.

Digitalisierung muss dem Menschen dienen.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt sei kein Selbstzweck, sondern müsse den Menschen dienen. Daher solle nicht so sehr die menschliche Arbeit, sondern viel stärker die Maschine, die Arbeitsplätze weg-rationalisiert, besteuert werden. Karlheinz

Wesentliches. Wenn die Digitalisierung Arbeitsplätze vernichtet, so müssten die Arbeitszeit verkürzt, Überstunden verhindert („Österreicher sind Überstundenweltmeister!“), Frauen nicht mehr nur als „Zuwerdigerinnen“ gesehen werden. Diesen Forderungen stimmte Judith Schwentner zu, betonte vor allem die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Arbeit. Für sozial Benachteiligte, aus welchen Gründen auch immer, forderte sie die Einführung von Mindestlöhnen und Grundpensionen.

Zukunft des Sozialstaates

Ein zweiter wesentlicher Diskussionspunkt war der Finanzierung des zukünftigen Sozialstaates gewidmet. Naturgemäß waren hier die Meinungen differenzierter. Die Grundrechtecharta der EU beinhaltet ein Anrecht auf den Sozialstaat. Damit dieser funktionieren könne, seien sowohl Leistungsbereitschaft als auch Solidarität aller Menschen erforderlich, so etwa Griss. Einen ganz anderen Zugang zeigten die Kommunisten: „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!“, meinte Klimt-Weithaler. Schuld an einer Überforderung des Sozialstaates sei schlecht entlohnte Arbeit, die den Reichtum anderer erst möglich mache und den Ausbau des Sozialstaates erfordere. Daher plädiere

sie für die Einführung von Erbschafts- und Vermögenssteuern.

In Österreich gäbe es ohnedies schon zu viele Steuern, konterte Kornhäusl als ÖVP-Vertreter. Der Sozialstaat könne auch durch einen sorgfältigeren Umgang mit den vorhandenen Steuern auf eine gesicherte Basis gestellt werden. Jeder habe in Österreich ein Anrecht auf einen gesicherten Lebensstandard, doch müsse man jeden einzelnen Fall sorgfältig abwägen, z.B. Doppel- und Mehrfachförde-

„*Gemeinsames Bekenntnis aller ParteienvertreterInnen: Ein effizienter Sozialstaat ist unumgänglich. Es bleibt zu hoffen, dass dieses auch nach der Wahl aufrecht bleibt.*“

Kornhäusl sah aus seiner Berufserfahrung als Arzt die fortschreitende Digitalisierung positiv. Damit vertraut gemacht werden sollten zwar bereits die Kinder, Kornhäusl nannte aber eine Gefahr, dass Computer und Handy andere Werte verdrängen, denn auch in einer digitalisierten Welt müsse der Mensch im Mittelpunkt bleiben.

Arbeitszeitverkürzung und geschlechtergerechte Verteilung von Arbeit

Für die Gewerkschafterin Verena Nussbaum ist der freie Bildungszugang etwas ganz

rungen hinterfragen. Der finanzielle Unterschied zwischen Mindestsicherung und Mindestlohn sei zu gering und hemme die Leistungsbereitschaft.

Soziale Sicherheit als Grundpfeiler der Demokratie

Nussbaum von der SPÖ bezeichnete die soziale Sicherheit als einen Grundpfeiler der Demokratie, daher sei ein kontinuierlicher Ausbau des Sozialstaates notwendig. Man solle bedenken, dass dafür die ArbeitnehmerInnen die meisten Steuern zahlen. Ähnlich argumentierte schließlich auch Schwentner als Vertreterin der Grünen. Sie bedauerte, dass der Sozialstaat im Wahlkampf immer wieder in Frage gestellt werde und trat vehement für eine Steuerverteilung ein, Maschinen- und Erbschaftssteuern würden der Absicherung des Sozialstaates sehr förderlich sein.

In der Publikumsdiskussion wurde vor allem bemängelt, dass die Parteien auf die wirklich sozial Schwächsten, die Ausgegrenzten zu wenig achten. Was passiert z.B., wenn jemand aus welchen Gründen auch immer



Parteien angefragt: Rege Publikumsdiskussion in Graz

nicht in der Lage ist, sich ständig weiterzubilden? Gibt es im österreichischen Steuersystem nicht zu viele Schlupflöcher, die vor allem den Reichen dienen und gleichzeitig den Sozialstaat schwächen? Resümee der Diskussion und gemeinsames Bekenntnis aller ParteienvertreterInnen: ein effizien-

ter Sozialstaat ist unumgänglich. Es bleibt zu hoffen, dass dieses auch nach der Wahl aufrecht bleibt.

Alois Ruhri, KAB Steiermark



Im Bild von links nach rechts: Karlheinz Kornhäusl (ÖVP), Judith Schwentner (Grüne), Verena Nussbaum (SPÖ), Irmgard Griss (Neos), Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) und Hannes Labner (KAB-Vorsitzender)

Ein starker Sozialstaat ist möglich

Initiative „Christlich geht anders“ fordert Umverteilung und Abkehr von Sündenbockstrategien

Im Vorfeld der Nationalratswahl hat die ökumenische, u.a. von der KABÖ getragene Initiative „Christlich geht anders – solidarische Antworten auf die soziale Frage“ am 6. Oktober mit einem flashmob auf dem Wiener Stephansplatz gegen die Schwächung des Sozialstaats und damit einhergehende Sündenbockstrategien protestiert: „Flüchtlinge, Zuwanderer oder einfach nur ‚das System‘ oder ‚die EU‘ werden verantwortlich dafür gemacht, dass es vermeintlich nicht mehr für alle reicht und Leistungen des Sozialstaats gekürzt werden müssen“, so der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister in einer Rede vor dem Dom. Tatsächlich habe eine neoliberale Wirtschaftspolitik Armut und Ausgrenzung vorangetrieben, sei die Schwächung des Sozialstaats zu einem sogenannten „Sachzwang“ gemacht worden.



Inputs vor dem Dom von Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister ...



... und der KA-Präsidentin Salzburg, Elisabeth Mayer

„Ein starker Sozialstaat ist möglich“, postulierte die Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, Veronika Pernsteiner: „Er ist das Ergebnis politischer Entscheidungen: für eine gerechte Umverteilung, für ein Bekenntnis zur Würde eines jeden Menschen, für seine existenzielle Absicherung unabhängig von Herkunft, Leistung und Geschlecht“. Pernsteiner wies darauf hin, dass, wo der Sozialstaat in Frage gestellt, geschmälert oder gar abgebaut würde, zuvorderst die Schwächsten litten, Migranten, Flüchtlinge, Frauen, „weil Frauen ohnehin schon benachteiligt sind, als Alleinerzieherinnen, Niedrigverdienenden, Zuständige für nicht entlohnte Sorgearbeit“.

Es braucht eine gerechte Besteuerung

„Wir können nicht mit ansehen und passiv daneben stehen, wenn auf die großen sozialen Fragen entsolidarisierende Antworten gegeben werden“, erklärte Abtprä-

ses Christian Haidinger, Vorsitzender der männlichen Ordensgemeinschaften: „Es braucht eine gerechte Besteuerung, damit das soziale Netz nicht kleiner, sondern für und mit allen tragfähiger wird“. Angesichts der wachsenden Not an den „Rändern der Gesellschaft“, an die Papst Franziskus Christen und Christinnen ausdrücklich beorderte, gelte es, „warnend die Stimme zu erheben“: „Individuelles Gewinnstreben dominiert über gelebte Solidarität, der Sozialstaat wird als Feind stilisiert“.

„Sozialstaatliche Absicherungen sind dringender denn je“, so auch flashmob-Teilnehmer und Sozialstaats-Experte Emmerich Talos, Mitinitiator des Sozialstaatsvolksbegehrens aus dem Jahr 2002: „Politik ist gefordert, sozial gerechte Maßnahmen zu setzen, damit der soziale Grundwasserspiegel in unseren Gesellschaften wieder steigt“.

KA: Keine Angst

Elisabeth Mayer, Präsidentin der Katholischen Aktion Salzburg, warnte in ihrem Statement vor Angst und Misstrauen: „Das Schüren von Ängsten darf nicht durch Wählerstimmen belohnt werden. Christlich geht anders: Hoffnung statt Angst, aufbauen statt niedermachen, integrieren statt ausgrenzen“. In diesem Sinne verstehe sie auch den Auftrag der Katholischen Aktion: „KA – keine Angst!“.

Die Initiative „Christlich geht anders“ wird von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen getragen. Sie engagiert sich unter Berufung auf die christlichen Soziallehren, das „Sozialwort der christlichen Kirchen in Österreich“ sowie Positionierungen von Papst Franziskus für ein solidarisches Miteinander in der Gesellschaft auf Basis eines starken Sozialstaates und einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Teilhabechancen. „Reden wir über solidarische Antworten auf die soziale Frage“ lautete die Aufforderung der Initiative an die Öffentlichkeit beim flashmob vor dem Wiener Stephansdom. Sie bleibt auch nach der Nationalratswahl aufrecht und wird von der Initiative in die Gestaltung von Politik und Gesellschaft massiv hineingetragen werden.

Hinweis:

Hinweis: Ein Video zum flashmob ist downloadbar auf der Homepage von „Christlich geht anders“ oder auf youtube:

<http://www.christlichgehtanders.at/2017/10/09/video-flashmob-christlich-geht-anders-am-6-10-2107-stephansplatz-wien/>

<https://www.youtube.com/watch?v=-YPB92uO1s8>

Positionen



Ernst Pöschl,
Geistlicher Assistent der KAB-Burgenland

Als die Weltmeisterschaften für Segler bei uns auf dem Neusiedlersee begonnen haben, habe ich mich natürlich dafür interessiert. Mein Gedanke war dabei: Wie wird es den TeilnehmerInnen aus aller Welt gehen, die bei ganz anderen Windverhältnissen auf einem Ozean oder einem stürmischen Meer gewohnt sind zu segeln?

Ich habe damals erfahren, dass es für alle dieselben Bedingungen gibt. Alle haben das gleiche Boot, und natürlich weht der Wind für alle aus der gleichen Richtung. In diesem Zusammenhang ist mir ein Satz eingefallen, den ich einmal gelesen habe:

„Wer nicht weiß, wohin er will, für den ist kein Wind der rechte.“

Ich bin schon Menschen begegnet, die sich über alles beklagen können. Sie können sich nie freuen, weil alles anders ist, als sie es sich vorgestellt haben.

Wenn etwa der Wind von der rechten Seite weht, beklagen sie sich, warum sie nicht Rückenwind haben.

Ich habe den Satz, den ich gefunden habe, einfach umgedreht. Dann lautet er so:

„Wer weiß, wohin er will, für den ist jeder Wind der rechte.“

Es gibt die Möglichkeit, auch gegen den Wind zu segeln, zu kreuzen, indem man das Segel entsprechend einstellt.

Ich habe schon oft die Erfahrung gemacht, dass ich auch in großen Schwierigkeiten im Gebet den Sinn meines Lebens, die Richtung für mein Leben gefunden habe.

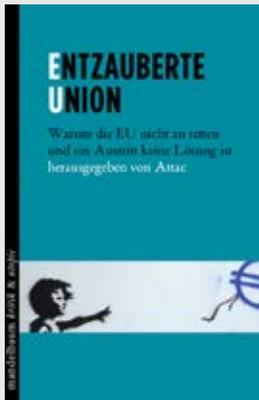
An die Ränder sollen wir gehen, sagt Papst Franziskus.

Da werden wir begegnen denen, die es nicht leicht haben, den Arbeitslosen, den prekär Beschäftigten, den AlleinerzieherInnen, den Flüchtlingen, den Obdachlosen, den Armen, den Geringsten unter uns, dem Kind in der Futterkrippe, Menschen, Gott.

Ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest allen Leserinnen und Lesern wünschen Redaktion und Vorstand der KABÖ

Fotos: Thomas Max Müller/pixelio.de

Buchtipp



Entzauberte Union

Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist

Hrg. Attac Österreich, Wien 2017,
272 Seiten, € 15,00

Attac liefert mit dem neuen Buch „Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist“ den Anstoß für einen neuen Umgang mit der EU: Hat die EU überhaupt das Potenzial, jenes „soziale und demokratische Europa“ zu werden, das uns seit Jahrzehnten als politisches Idealbild präsentiert wird? Welche Spielräume für progressive Politik gibt es innerhalb der EU-Strukturen? Für welche Projekte ist es nötig, bewusst mit EU-Regeln zu brechen, wofür gilt es Alternativen von unten aufzubauen? Wie könnte internationale Zusammenarbeit abseits der EU aussehen? Und wie können Kräfteverhältnisse verändert und die nötige Macht aufgebaut werden, um emanzipatorische Politik möglich zu machen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden ist es nötig, viele unserer lieb gewonnenen EU-Bilder zu entzaubern. Ziel des neuen Attac-Buches ist es mit der Vision eines guten Lebens für alle Menschen wieder in die politische Offensive zu kommen.

Das Buch ist erhältlich im Buchhandel oder bei www.attac.at



Automatisierung und Ausbeutung. Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?

Matthias Martin Becker
Promedia-Verlag Wien, 2017,
240 Seiten, € 19,90

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Wenn auch fortgeschrittene Sensorik und automatisierte Datenanalyse nicht dazu taugen, die Menschen überflüssig zu machen, eignen sie sich doch dazu, ihre Arbeit zu kontrollieren. Im Verbund mit dem Internet ermöglichen diese Techniken neue Formen der Arbeitsteilung und Methoden für eine umfassende Rationalisierung. Die durch digitale Werkzeuge erzwungene Transparenz bedeutet für viele Beschäftigte in den Büros, den Fabrik- und Lagerhallen mehr Stress, mehr Überwachung, weniger Lohn. Was wird aus der Arbeit im 21. Jahrhundert? Matthias Martin Becker analysiert die neuen Rationalisierungsstrategien und erklärt, was sich hinter Schlagworten wie Crowdwork, Maschinenlernen, Prosument, Industrie 4.0 und Precision Farming verbirgt.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien